



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat		öffentlich	Bericht

Betreff:

Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 24.03.2004 Übergang städtischer Schulen auf den Freistaat, sogenannter „Verstaatlichungsantrag,, hier: Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2014

Anlagen:

- 1 Wortprotokoll zu TOP 7a des Schulausschusses vom 15.12.1995
 - 2 Landtags-Drucksache 12-4485
 - 3 Landtags-Drucksache 14-6900
 - 4 Landtags-Drucksache 15-1586
 - 5 Landtags-Drucksache 16-9131
 - 6 Landtags-Drucksache 17-1006
 - 7 Positionspapier des Bayerischen Städtetag 2018 zu den Landtagswahlen Textziffer 5-3 Antrag Bündnis_DieGrünen vom 31_07_2014
 - Beschluss des Stadtrates vom 24.03.2004
 - Sachverhalt
-

Bericht:

Die Grünen beantragen die Aufhebung des Verstaatlichungsantrages und wollen gleichzeitig Informationen zu Verhandlungen über die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben im Bereich der Schulbildung. Dieser Teil allgemeine Informationen wurde in den letzten Jahren regelmäßig gegeben. Zur Verstaatlichung rät die Verwaltung aus Gründen der Solidarität mit den anderen Kommunen von einer Aufhebung des Beschlusses ab. Wesentlicher Gesichtspunkt dabei ist, dass der Beschluss weder im Inneren noch im Äußeren eine konkrete Auswirkung auf das Schulgeschehen hat.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	53.000.000 €	davon Personalkosten	53.000.000 € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Aufhebung ist derzeit nicht realistisch. Die Mittel bleiben daher weiter im Finanzplan.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- OBM**
- Ref. I/II**
-

